

Landespressekonferenz am 25. August 2025

GEW NRW zum Beginn des Schuljahres 2025/26

Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung! Zu Beginn des neuen Schuljahres möchte ich zunächst eines tun: mich bedanken. Bedanken bei allen Beschäftigten in Kitas, Schulen und Bildungseinrichtungen. Sie sind es, die tagtäglich das Fundament unseres Bildungssystems tragen – oft unter Bedingungen, die alles andere als einfach sind. Ihnen gilt mein Respekt.

Es liegt nahe, dass ich zunächst auf die Äußerungen der Ministerin eingehen werde, bevor ich zu unserer Sicht auf das Schuljahr 2025/26 komme. Die Ministerin setzt weiter auf die Stärkung der Basiskompetenzen, nach dem Lesen nun das Schreiben. Das ist nicht nur konsequent, sondern wird den Erfordernissen vor Ort gerecht. Denn Deutsch (Lesen, Schreiben und Verstehen können) ist die Schlüsselqualifikation für den gesamten Lernprozess und bestimmt den Lernerfolg. Dass die Ministerin des Weiteren den Fokus auf die Lehrkräfteausbildung und den Vorbereitungsdienst legt, ist ein längst überfälliger Schritt. Erfreulich ist, dass mehr Studienplätze im Bereich des Lehramtes zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich des Studiums hätten wir es zielführender gefunden, anstatt fünf Tage mehr Orientierungspraktikum das Praxissemester endlich zu vergüten. Damit könnten sich Lehramtsanwärter*innen zukünftig vollständig auf ihre Ausbildung konzentrieren.

Auch „DAZ“ als eigenständiges Unterrichtsfach ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt, besonders angesichts der wachsenden Zahl von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte. Allerdings können wir nicht nachvollziehen, warum „DAZ“ nicht genauso an Grundschulen und Gymnasien angeboten wird. Wird angenommen, dass es an Gymnasien und Grundschulen keine Kinder gibt, die Deutsch überhaupt erst lernen müssen?

Zum Thema Lehrkräfteausbildung an den HAW: Es ist ein verständlicher Schritt angesichts des Mangels in technischen Fächern, dass die HAW nun mehr in die Lehrkräfteausbildung einbezogen werden. Doch uns stellt sich die Frage: Wie sollen die HAW nun lehramtsbezogene Masterstudiengänge einrichten, wenn die Landesregierung gleichzeitig in diesem Bereich enorme Einsparungen vornimmt? Was die HAW – gerade die technisch ausgerichteten – aber für den lehramtsbezogenen Master brauchen, sind Professuren für Pädagogik, Bildungswissenschaften und Fachdidaktik. Da müssen nun Investitionen getätigt werden und kein Geld zurückgehalten werden.

Jedoch bleiben die Strukturprobleme ausgeklammert. Antworten für zu große Klassen, zu knappe Personalausstattung und fehlende, den Lernprozess unterstützende multiprofessionelle Teams sowie ein Ausblick auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Offenen Ganztagsplatz an den Grundschulen sind ausgeblieben.

Im Kontext des „Schulkompass NRW 2030“ fällt auf, dass die Landesregierung stark auf Lernstandserhebungen, Diagnostik, Feedback und Zielvereinbarungen setzt und damit sehr outputorientiert bleibt. Darauf gehe ich im späteren Verlauf nochmal detailliert ein.

Nun zu unserer Sicht auf das kommende Schuljahr: Es ist allseits bekannt, dass unser Schulsystem sein eigentliches Ziel, jedes Kind zu einem bestmöglichen Abschluss zu bringen und es zu gesellschaftlicher Teilhabe zu befähigen, verfehlt. Unser Schulsystem ist in einem maroden Zustand; das ist sicherlich auf bildungspolitische Fehlentscheidungen der letzten Jahrzehnte zurückzuführen. Wenn wir uns die Schule als Haus denken, dann müssen wir feststellen, dass das Fundament Risse hat und die Wände längst bröckeln. Und wenn man ein Haus immer wieder nur notdürftig ausbessert, statt es tragfähig zu machen, dann ist es irgendwann einsturzgefährdet. Genau da stehen wir: NRW braucht eine Bildungswende – und zwar jetzt. Alles andere wäre eine Missachtung des Rechts auf gute Bildung.

In NRW entlassen wir jährlich tausende Jugendliche ohne Abschluss in die Erwerbslosigkeit. Der dramatische Anstieg der Schulabbrecherquote (z.B. in Gelsenkirchen derzeit 14,5 %) ist kein Zufall, sondern Symptom eines Schulsystems, das seine eigenen Ziele immer wieder verfehlt.

Im Ruhrgebiet erreicht jedes dritte Grundschulkind ein Jahr vor dem Übergang in die weiterführende Schule nicht die Mindeststandards in Deutsch und Mathe. Lehrer*innen hetzen durch übervolle Lehrpläne, statt Kinder individuell fördern zu können. Die Lehrkräfte, die in dieser Mangelsituation über ihre Belastungsgrenzen hinausgehen, um Bildung für unsere Kinder sicherzustellen, müssen mitansehen, dass sie trotzdem ihrem Anspruch an guter Bildungs- und Erziehungsarbeit nicht gerecht werden können. Diese Situation belastet und führt dazu, dass immer mehr Lehrkräfte sich nicht pädagogisch-didaktisch wirksam erleben.

Schulleitungen berichten, dass sie abends und an Wochenenden arbeiten, weil sie die Last sonst nicht schaffen. Diesen Missstand können und dürfen wir nicht fortschreiben. Und es ist die Pflicht der Landesregierung, mit wirksamen Maßnahmen gegenzusteuern. An dieser Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass die Landesregierung ein bereits instabiles Fundament übernommen hat. Und ich sehe durchaus, dass sie um Lösungen bemüht ist – leider unterliegen die bisher gefundenen Lösungen einem Spardiktat und sind nicht weitreichend, nicht konsequent und nicht mutig genug.

Erste Schritte wären sofortige und gezielte Investitionen in mehr pädagogisches Personal, kleinere Klassen, Sprachförderprogramme und schulische Infrastruktur – besonders in sozial benachteiligten Regionen.

Die Landesregierung hat in den letzten drei Jahren viele Projekte gestartet: zum Beispiel das Handlungskonzept zur Sicherstellung von Unterricht, die Reform der Lehrkräftefort- und -ausbildung, die Reform der Schulaufsicht, das Positionspapier zur Stärkung der Schulleitungen und den Schulkompass NRW 2030. Diese Maßnahmen laufen nebeneinander, widersprechen sich teils und sind fast immer unterfinanziert. Das Ergebnis: Reformen, die weder Verbesserungen im schulischen Alltag bewirken noch verbindliche Entlastung vor Ort sicherstellen. Schlimmer noch: Gut bewährtes wird gestrichen. Beispielsweise hat das Ministerium im letzten Schuljahr ausgerechnet die bisherigen Förderstunden in der Grundschule gestrichen, obwohl immer mehr Kinder besondere Unterstützung brauchen. Dies steht in offenem Widerspruch zu seinem eigenen Anspruch, Bildungschancen zu verbessern. Wir brauchen mehr Ressourcen für Förderung, nicht weniger. Es reicht nicht, Leistungslücken immer wieder festzustellen – wir müssen sie schließen.

Bereits vor den Ferien wurde in NRW der Schulkompass 2030 vorgestellt: Ein Konzept, dessen Zielsetzung, die Stärkung der Basiskompetenzen, wir grundsätzlich begrüßen. Allerdings passt die Schrittigkeit nicht: Mehr Lernstanderhebungen helfen nur, wenn sie auch in der Praxis zu mehr individueller Förderung führen. Ohne qualifiziertes Personal sind zusätzliche Tests wirkungslos und kosten wertvolle Unterrichtszeit. Bei über 7.000 unbesetzten Stellen – Tendenz steigend – wäre die vorrangige Aufgabe, zusätzliche grundständig ausgebildete Lehrkräfte ins System zu bekommen. Wir wollen nicht ausblenden, dass das Ministerium 9.500 Menschen ins System gebracht hat, aber die Richtung stimmt. Gleichzeitig darf nicht ignoriert werden, dass in den letzten Jahren 2.378 Lehrkräfte den Schuldienst verlassen haben, davon knapp 900 Beamte, das ist ein Symptom eines überlasteten

Systems. Unser GEW-Frühjahrsreport bestätigt: Es ist nicht der Beruf an sich, der unzufrieden macht, sondern die strukturellen Bedingungen, die es Lehrkräften erschweren, sich auf ihre eigentliche Aufgabe – die pädagogische – zu konzentrieren.

Dass das Bildungssystem ineffizient ist und die Leistungen vieler Schüler*innen unzureichend sind, das ist nichts Neues. Eine Studie nach der anderen bestätigt den Rückgang der Kompetenzen. Was wir brauchen, sind endlich bessere Rahmenbedingungen: Förderdiagnosen sind wichtig, doch ohne zusätzliche Ressourcen – Zeit, Personal, Förderstunden – laufen sie ins Leere. Ohne mehr Köpfe, Zeit und echte Förderstrukturen bleibt das Konzept „Schulkompass 20230“ leider eine Daten-Bürokratie-Offensive ohne gesicherten Bildungserfolg. Und digitale Tools wie „Leo“ und „Skribi“ sind als Ergänzung hilfreich, weil sie Lehrkräfte entlasten können und Schüler*innen zusätzlich zum Unterricht üben können. Aber sie sind kein Ersatz für mehr Personal, kleinere Klassen und verbindliche Förderstrukturen. Ohne echte Ressourcen kann der schön klingende Schulkompass im Alltag schnell zu zusätzlicher Belastung für die Kolleg*innen werden. Tests und Tools können Bildung allein nicht besser machen. Es darf nicht sein, dass Schulen einer Testlogik folgen. Unterricht ist mehr als das Abarbeiten von Diagnosedaten und Pädagogik lebt von der Beziehung und der ganzheitlichen Förderung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

jetzt braucht es konsequentes Handeln. Und handlungsleitend sollten folgende Fragen sein: Was braucht eine Schule in NRW, um unter heutigen Bedingungen gute, gerechte und chancengleiche Bildung für alle zu ermöglichen? Wie schaffen wir es, ein Schulsystem zu bekommen, das den Anspruch „gute Bildung für ALLE“ endlich einlöst:

Was es aus unserer Sicht braucht, ist ein ganzheitlicher Systemblick statt kleinteiliger Reparatur:

1. **Stärkung der Schulentwicklung als dauerhafter Prozess**, mit Zeit, Expertise und Raum für echte Veränderung vor Ort.
2. **Verbindliche Personalentwicklung**, die über Stellenpläne hinausgeht – mit Aus- und Fortbildungen, echten Karriereperspektiven und nachhaltiger Bildung für Lehrkräfte, sozialpädagogisches Personal und Schulleitungen.
3. **Verlässliche Basisausstattung** für alle Schulen, unabhängig vom Engagement einzelner Lehrkräfte oder zufälliger Förderprojekte – inklusive Förderstunden, multiprofessioneller Teams und digitaler Infrastruktur.
4. **Frühe Sprachförderung** – verbindlich und gut ausgestattet, in Kita und Grundschule.
5. **Kleinere Klassen** – damit jede Lehrkraft Zeit für jedes Kind hat.
6. **Ganztag mit Mindeststandards** – Bildung und die Qualität der Bildungsangebote dürfen nicht von der Finanzkraft der Kommune abhängen. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 hätte ein Gamechanger sein können. Er hätte echte Chancengleichheit schaffen und Schule und Betreuung besser verzahnen können. Aber derzeit droht das Gegenteil: Es fehlen rechtliche Grundlagen in Schule und Jugendhilfe, es fehlen Rahmenbedingungen und einheitliche Qualitätsstandards. Die Verantwortung wird auf die kommunale Ebene verlagert. Anders ausgedrückt: Die Postleitzahl bestimmt, welche Bildungsangebote Kinder bekommen. Das darf nicht sein. Bildung darf nicht vom Wohnort abhängen. Die Landesregierung hatte die einmalige Chance, über ein Ausführungsgesetz – wie im Koalitionsvertrag versprochen – flächendeckend Mindeststandards festzulegen.

7. **Sozialindex mit Wirkung** – Damit der Sozialindex wirken kann, müssen zu den vorhandenen Ressourcen zusätzliche hinzukommen und diese passgenau gesteuert werden.
8. **Lehrplan-Entlastung** – Zeitressourcen schaffen: Priorisierung von Inhalten, mehr Tiefgang, echte Zeit für Förderung. Aus unserer Sicht ist es höchste Zeit, die Lehrpläne kritisch zu überprüfen und an die Realität von Schule und Gesellschaft anzupassen. In der aktuellen schulischen Realität beobachten wir seit Jahren einen wachsenden Widerspruch: Einerseits steigt der gesellschaftliche Anspruch an Schulen stetig – Themen wie Digitalisierung, Medienbildung, Demokratieerziehung, Nachhaltigkeit, Inklusion, Gesundheitsförderung und berufliche Orientierung sollen zusätzlich zu den klassischen Bildungsinhalten vermittelt werden. Andererseits bleibt die zur Verfügung stehende Lernzeit ebenso begrenzt wie die personellen und materiellen Ressourcen. Es darf nicht sein, dass Schulen immer mehr Aufgaben zugewiesen bekommen, ohne klare Aussagen darüber, was im Gegenzug reduziert oder gestrichen werden kann.

Viele Lehrpläne sind inzwischen so umfangreich, dass sie in der regulären Unterrichtszeit kaum noch vollständig bearbeitet werden können.

Die Folge ist Dauerstress bei allen Beteiligten:

- Kinder rennen durch den Stoff, statt zu verstehen.
- Lehrkräfte hetzen, statt pädagogisch zu begleiten.

Die Kinder von heute wachsen in einer komplexen, schnelllebigen Welt auf, in der sie mehr denn je Orientierung und Kompetenzen brauchen – keine reinen Faktenansammlungen. Ich betone das immer wieder gerne: Lernen ist mehr als das Anhäufen kognitiven Wissens, Lernen muss vor allem Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung ermöglichen und Jugendliche zu kritischem Denken befähigen.

Deshalb: Weniger Inhalte, dafür mehr Vertiefung, mehr Kompetenz, mehr Freude am Lernen. Kinder brauchen nicht nur Fakten. Sie brauchen Orientierung, Persönlichkeitsentwicklung, kritisches Denken. Sie brauchen Lehrkräfte mit ausreichend Zeit für das Zwischenmenschliche, mit Raum für die Entwicklung der emotionalen Kompetenz unserer Kinder. Der Lehrkräfteberuf ist einer der schönsten und wichtigsten Berufe für mich. Damit die Freude am Beruf erhalten bleibt, darf die Beziehungsarbeit zwischen Lehrenden und Lernenden nicht auf der Strecke bleiben.

9. **Demokratiekompetenz fördern**

Der Soziologe Oskar Negt hat es einmal so formuliert: *„Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“*

Auch das ist unsere Aufgabe – in Kitas, in Schulen, in allen Bildungseinrichtungen.

Wir leben in Zeiten, in denen parallel zu der zunehmenden Polarisierung und Demokratiefeindlichkeit auch die Gleichgültigkeit wächst. Aufgabe des Bildungssystems ist es daher auch, Jugendliche zu mündigen und aufgeklärten Bürger*innen zu befähigen, die kritisch hinterfragen und für eine wehrhafte Demokratie eintreten. Politische Bildung darf kein Randthema sein. Sie muss genauso selbstverständlich sein wie Basiskompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben.

10. **Attraktive Arbeitsbedingungen** – damit die Fachkräfte, die wir haben, bleiben – und neue dazukommen. Zu attraktiven Arbeitsbedingungen gehört auch die Vermeidung von struktureller Mehrarbeit. Ein Weg wäre die Erfassung der Arbeitszeit, die auch für Lehrkräfte gelten muss.

Sehr geehrte Damen und Herren,

all diese Maßnahmen kosten natürlich Geld. Jeder in Bildung investierte Cent macht sich aber doppelt bezahlt und sichert die Zukunftschancen der Kinder und den Wohlstand unserer Gesellschaft. Wer hier spart, zahlt später drauf!

Nun starten wir in das letzte volle Schuljahr dieser Legislaturperiode, die Uhr tickt. Was es jetzt braucht, ist eine klare Positionierung: Will diese Landesregierung wirklich Bildungsgerechtigkeit schaffen oder weiter auf Zeit spielen? Denn die großen bildungspolitischen Fragen sind Stand heute nicht geklärt.

Vielen Dank !